



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Natur im voraus bestimmt zu sein scheint. Ich sandte deshalb sofort Madjen einen aufrichtig gemeinten Glückwunsch und stattete einige Tage nachher meinen Besuch ab.

Ihn traf ich zu Hause, die Frau aber nicht, sie war auf der Praxis. Madjen war würdevoll und still vergnügt.

Sezt habe ichs wirklich in jeder Hinsicht ausgezeichnet, sagte er. Das einzige Bittere ist, wenn meine Frau in der Nacht herausgeklingelt wird, dann wache ich gewöhnlich auch auf. Aber ich hoffe, ich werde mich schließlich doch daran gewöhnen, das Klingeln zu verschlafen.

Wir teilen wohl alle von ganzem Herzen die Hoffnungen des sonst so zufriedenen Ehemannes.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Noch drei Epiloge zu den Wahlen. Im Anschluß an die Ergebnisse der Reichstagswahlen ist uns von unsern politischen Mitarbeitern eine außergewöhnlich große Zahl von Betrachtungen und Meinungsäußerungen zugesandt worden. Leider können wir sie nicht alle zum Abdruck bringen. Für heute geben wir nur noch drei davon, deren verschiedene Gedankengänge mit einander zu vergleichen dem Leser gewiß anziehend sein wird. Einzelnes von dem, was darin angeregt wird, soll in den nächsten Heften noch weiter ausgeführt werden.

1

Die radikalen Parteiblätter jauchzen. Das Kartell liegt auf der Strecke! jubelt heklustig die Frankfurter Zeitung, und andre Blätter derselben Richtung erklären den Zusammenbruch des Regierungssystems Bismarck aus den letzten zehn Jahren für besiegelt. In dieser Siegesfreude über die Niederlage des Kartells, dessen Mehrheit im künftigen Reichstage allerdings beseitigt ist, übersehen die freisinnigen Presseorgane nur eine Thatsache: daß der Zug nach links, der im Volke wehen soll, sich nicht ihnen, sondern den Sozialdemokraten zugewendet hat, während die freisinnige Partei und ihr Anhang im günstigsten Falle eine jedenfalls nicht maßgebende Vermehrung erfahren haben wird. Ihrem Einfluß und dem ihrer Verbündeten stehen aber als gleichwertig bei dem Zustandbringen der Gesetze gegenüber der Bundesrat und der Kaiser, dem verfassungsgemäß die Verkündung und Ausfertigung der Gesetze zusteht.

Wir meinen, daß man sich in den fortschrittlichen Kreisen einer sehr starken Täuschung über die Schätzung des Parlamentarismus im Volke hingiebt. Die politische Selbständigkeit und die Teilnahme an den Staatsangelegenheiten, die wir

der Einführung der Konstitution und der Parlamente verdanken, ist gewiß ein hohes und ideales Gut, und es ist nicht zu bezweifeln, daß durch die Volksvertretung die politische Mündigkeit des Volkes allgemein anerkannt worden ist.

Aus der Entstehungsgeschichte der Parlamente ergibt sich, daß sie wesentlich politische Aufgaben verfolgten und der Natur nach sich auch stellen mußten. Noch verstärkt wurde diese Richtung dadurch, daß sich in den Parlamenten Parteien bildeten, die in ihren Parteiprogrammen den Wählern klar zu machen suchten, welches Maß von weitern Freiheiten ihnen noch verschafft werden sollte. Der Konflikt im Anfang der sechziger Jahre zwischen der Regierung und dem preussischen Abgeordnetenhaus hatte einen rein politischen oder, wenn das besser klingt, staatsrechtlichen Charakter. In den Kammern suchten sich die Schichten des Volkes, die infolge ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit und ihres Bildungsgrades den Ausschluß von den öffentlichen Angelegenheiten schmerzlich entbehrten, Gehör zu verschaffen. Für die große Menge des Arbeiterstandes, der in den vierziger und fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts noch viel zu tief stand, hatten die politischen Gerechtigkeiten des Königs wie der Unterthanen, die Ministerverantwortlichkeit, das direkte oder indirekte Wahlrecht keinerlei Interesse.

Nachdem aber der allgemeine Schulzwang, der Heeresdienst, der Fabrikbetrieb und die Großindustrie auch den Arbeiterklassen ein geistiges Leben zugebracht haben, ist auch in ihnen, wie einstens in dem Bürgerstande der Trieb nach Selbständigkeit erwacht. Doch was die Arbeiter erstreben, ist nicht ein Zuwachs politischer Freiheiten, es ist vielmehr ihre wirtschaftliche Selbständigkeit, die sie zu erringen suchen. Frage man nur unter unsern Arbeitern, ob es ihnen große Bekümmernisse bereitet, daß unsre Reichstags- und Landtagsperioden jetzt fünf Jahre statt drei Jahre dauern, man wird gewiß nicht finden, daß sie diese Veränderung schwer ertragen. Die wirtschaftlichen Fragen haben aber in den Parteiprogrammen keine große Rolle gespielt. Ein im Besitze glücklicher Parteiführer glaubt auch heute noch an das Dogma des *laissez-faire*. Nicht der Anregung unsers Reichstages, sondern dem energischen Betreiben unsers leitenden Staatsmannes gebührt der Dank für die Gesetzgebung, die bisher zum Schutze der Arbeiter in Kraft getreten ist. Eine Fortsetzung der mit diesen Gesetzen verfolgten Zwecke ist die Verheißung, die der Kaiser in seinen beiden Erlassen gegeben hat.

Als im Jahre 1878 der Reichskanzler infolge des Niederganges der deutschen Industrie der Zollpolitik eine Wendung gab, standen die Parteien des Reichstags dem anfänglich ratlos gegenüber und nahmen zu dieser Veränderung zunächst Stellung je nach ihrer politischen Richtung. Es galt die Meinung, daß jeder liberale Abgeordnete Freihändler sein müsse, während Schutzzoll und Reaktion mit einander gleich bedeutend waren. Und so wird auch jetzt noch bei allen Fragen im Parlamente die politische Seite in den Vordergrund gebracht. Der Arbeiter aber will, daß er für seine Arbeit ein menschenwürdiges Dasein führen, daß er sich wie die wirtschaftlich besser gestellten dem Leben in der Familie, der Erziehung seiner Kinder und der Beteiligung an den hohen geistigen Aufgaben hingeben könne. Hierbei spielt das Maß der politischen Befugnisse nur eine untergeordnete Rolle.

Der Parlamentarismus hat seine geschichtliche Aufgabe, dem Volke seine öffentliche Mündigkeit zu verschaffen, erfüllt; für die Lösung sozialer Fragen ist er nicht das geeignete Organ, und zwar gerade wegen seiner politischen Interessen. Wenn es einmal in künftiger Zeit gelungen sein wird, den Arbeiterstand auf die gleiche Höhe und in dieselbe Lage wie die übrigen Berufsclassen zu bringen, dann wird es an der Zeit sein und den Parlamenten, wenn an ihre Stelle nicht eine

bessere Einrichtung getreten sein wird, obliegen, für den weitem Ausbau unsrer politischen Freiheiten zu sorgen.

Wenn die gegenwärtigen Wahlen einen beträchtlichen Zuwachs an sozialdemokratischen Stimmen aufweisen, so lehrt diese Thatsache, daß noch viel geschehen muß, um die Lage der Arbeiter befriedigend zu gestalten. Diese Aufgabe hat sich unser junger, thatkräftiger Kaiser gesteckt, und man wird ihn auch in den Arbeiterkreisen verstehen und unterstützen. Dabei kommt es auf die Stellung der oppositionellen Parteien — abgesehen von der Sozialdemokratie — zu den einzelnen wirtschaftlichen Problemen nicht weiter an: das Parlament wird in seiner Abstimmung am Ende der allgemeinen Volksstimmung folgen müssen, gleichviel ob eine solche Abstimmung in ein Parteiprogramm paßt oder nicht. Die Sozialdemokratie aber wird ihren Einfluß unter den Arbeitern verlieren, sobald diese wahrnehmen und einsehen, daß man ihre gerechten wirtschaftlichen Ansprüche zu befriedigen sucht. Nur wer sich den sozialen Aufgaben unterzieht, hat das dauernde Interesse des Volkes für sich. Dafür ist auch der so oft als aufgelöst angekündigte Bestand des Zentrums ein untrüglicher Beweis, insofern er zeigt, daß das religiöse Leben im Volke unter dem Einfluß der Kirche viel mehr Bedeutung hat, als der Kampf um staatsbürgerliche Rechte.

Gerade wegen der politischen Sonderstellung der Parlamente erscheint es aber auch als durchaus billigenwert, daß die Vorbereitung der neuen wirtschaftlichen Maßregeln andern Organen, die außerhalb jener Interessen stehen, anvertraut und daß in die neuen Aufgaben nicht von vornherein der Alltagshader der Parteien hineingetragen werde. Denn in dieser Beziehung trifft es zu, was neulich einem Parlamentarier von erlauchtem Munde bestätigt worden ist, daß unsre Parteien in ihrer heutigen Zusammensetzung überwunden sind.

2

Die Triumphgesänge der Parteien, die den diesmaligen Wahlen Zuwachs zu danken haben, verraten zwar nichts, was wir nicht längst gewußt hätten. Aber da in der Siegesfreude auch der letzte Rest von Zurückhaltung für überflüssig gehalten wurde, offenbarten sich die schönen Seelen in voller Nacktheit; und ob nun dieser Anblick manchen Verblendeten die Augen geöffnet haben mag oder nicht, wenigstens für die Zukunft werden die Leistungen der Entschiedenen unter den Freisinnigen aus diesen Tagen wertvolle Dokumente sein. Deshalb wünschten wir, daß die öffentlichen Bibliotheken sich überwänden, solche Erzeugnisse der Presse zu sammeln (die Beamten könnten ja dazu Handschuhe anziehen). Denn wer würde ohne die Belege einmal glauben, daß im Jahre 1890 im deutschen Reiche, angesichts der es umlagernden und umlauernenden Feinde, angesichts aber auch der rastlosen und weisen Bemühungen der Regierenden um die Wohlfahrt des deutschen Volkes vaterlandslose Gesinnung so frech auftreten und — Beifall finden konnte? Kommen wird ohne Zweifel die Zeit, und wohl bald, wo die jetzt den Schreibern folgende Menge sich des heutigen Taumels nicht mehr erinnern will, und die Schreiber selbst sich darauf verlassen, daß das ABC-Buch und die nach dem 20. Februar losgelassenen Leitartikel in keinem Käseladen mehr aufzutreiben sein würden. Sie dürfen aber nicht so verschwinden, am wenigsten die Meisterstücke, die darthun, daß der alttestamentarische Nachedurst und Geifer, mit dem der nationale Gott an die Verpflichtung erinnert wurde, die andern Völker unter das auserwählte zu zwingen, sie mit eisernem Szepter zu zerschlagen und wie Töpfe zu zerschmeißen, noch keineswegs ausgestorben ist.

Beschränkten sich die unmittelbar nach dem glorreichen Siege der Sozialdemokraten und ihrer freisinnigen Trabanten angestellten Erörterungen über die Ursachen dieser Erscheinung größtenteils auf die zunächstliegenden Umstände, so ist das begreiflich. Doch vermögen wir solchen Untersuchungen keinen besondern Wert beizumessen. Was vorzüglich dazu beigetragen hat, den Anhang der oppositionellen Parteien zu verstärken, ob die Zölle, ob der Heeresauswand, ob das Sozialistengesetz oder nach der Nationalzeitung die Gleichgiltigkeit des Ministeriums — das berührt das Wesen der Sache nur wenig. Denn was auch geschehen möge, und wie die Zustände seien: Hinz und Kunz werden immer noch unbefriedigte Wünsche hegen, an die gewissenlose Agitatoren anknüpfen können. Und wenn sonst ganz verständige und leidlich gebildete Leute sich immer wieder von den hohlen Phrasen des Freisinnus berauschen lassen, während jeder Tag ihnen aus Frankreich, aus Belgien, aus Spanien u. s. w. die schönsten Illustrationen zu der Lehre vom alleinseigmachenden Parlamentarismus liefert: wie darf man sich wundern, daß der Fabrikarbeiter sich für eine Zukunft begeistert, wo allen seinen Bedürfnissen reichlich genügt werden und er außerdem die Befriedigung genießen soll, zu sehen, daß jeder sich plagen müsse wie er und keiner mehr habe als er? Wenn er auch Goethe kannte, würde er ihm doch nicht glauben, der behauptet: „Könnte man die Menschheit vollkommen machen, so wäre auch ein vollkommener Zustand denkbar; so aber wird es ewig herüber- und hinüberschwanken, der eine Teil wird leiden, während der andre sich wohlbefindet, Egoismus und Neid werden als böse Dämonen immer ihr Spiel treiben, und der Kampf der Parteien wird kein Ende haben.“ Viel mehr wird er den Weisen und Propheten von der Art der Herren Singer und Bebel wohlgefällig lauschen, die ihm weißmachen, daß durch eine neue Ordnung der Gesellschaft alle guten und bösen Leidenschaften aus der Welt geschafft werden können. Wir müssen uns in Geduld fassen und hoffen, daß allmählich die Bethörung wieder weichen werde, wenn sich zeigt, daß die neuen Cagliostro eben auch Windmacher sind, während der verhaßte alte Staat wirklich das Mögliche thut, um das Loß der Enterbten zu verbessern. Noch weniger braucht uns die freisinnige Flut besorgt zu machen. Wer kennt nicht die gewissen „bürgerlichen“ Elemente, die es gewaltig ligelt, „fortschrittlich“ zu sein und den Großen der Erde kühn Trotz zu bieten, wo dies ohne alle Gefahr geschehen kann, und die von „Loyalität“ überfließen, sobald die Situation etwas bedenklich zu werden scheint oder ihre persönlichen Interessen ins Spiel kommen! „Mir schaudert die Haut, wenn ich sehe, wie unsre Nation, oder wenigstens ein Teil derselben, den man äußerlich für respektabel hielt, wieder mit Nürnberger Ware spielt,“ schrieb Lichtenberg im Jahre 1789. Viel verändert hat sie sich also in dem Jahrhundert nicht!

Indessen ist der Augenblick wohl geeignet, sich zu fragen, ob diese kopflose Wirtschaft denn ewig fortbestehen müsse? Niemand kann es für undenkbar erklären, daß einmal das ganze deutsche Reich eine Vertretung erhielte, die diesen Namen ebenso verdiente, wie die Abgeordneten, die die Reichshauptstadt in den Reichstag zu senden pfllegt, als Vertretung Berlins angesehen werden kann. Daß um die Berliner Mandate nur noch die Gefolgschaften der Herren Richter und Singer mit einander ringen, ist eine lebendige Kritik des Wahlsystems. Die Bedeutung Berlins, nicht nur als Sitz der Regierung, sondern auch als geistiger Mittelpunkt Deutschlands, kommt in den Wahlen nicht zum Ausdruck; man rückt nicht wieder mit dem einen Professor Virchow hervor, denn der ist nicht als der berühmte Gelehrte, sondern als der treue Schildknappe des Herrn Richter gewählt worden. Die korrekte Gesinnung verschafft ihm Nachsicht für sein hervorragendes Wirken in einem

bestimmten Sache der Wissenschaft. Nun sind aber nicht allein in Berlin die Ungebildeten und die Unmündigen in der Mehrheit, und nicht nur dort ist die Minderheit noch dadurch im Nachteil, daß sie wählerisch in den Mitteln der Agitation sein muß, keine Versprechungen ins Blaue hinein machen darf. Weshalb sollte sie nicht einmal überall um einige Stimmen zurückbleiben, sodaß die „Reichsvertretung“ nur noch aus Zentrum, Äußersten und Alleräußersten bestünde? Das würde dann wohl eine Volksvertretung nach dem Herzen der Berliner Volkszeitung und Genossen sein, da die nicht vertretenen Parteien bekanntlich nicht zum Volke gerechnet werden dürfen. Und bevor der Unsinn nicht seinen Gipfelpunkt erreicht hat, ist kaum darauf zu rechnen, daß unsre sehr kritischen lieben Deutschen auch ihrem politischen Aberglauben zu Leibe gehen. Welches Hochgefühl schwellt die Brust derer, die der alten und der neuen Aufklärer Sprüche auswendig herzujaugen wissen, und die zu gleicher Zeit auf die symbolischen Bücher des Liberalismus so glaubensstark schwören, wie irgend ein Orthodoxer auf den „papiernen Papst der Protestanten,“ wie die verschollenen Lichtfreunde sagten. Der Ausdruck papierner Papst verdiente wirklich wieder eingeführt zu werden; credo quia absurdum est. Nun wird aber, abgesehen von demokratischen und sozialdemokratischen Fanatikern, jedermann wenigstens in der Theorie zugestehen, daß eine Landesversammlung die Ansichten des ganzen Landes wieder spiegeln soll — was die erstern nur anerkennen, wenn sie in der Minderheit sind. In Oesterreich sehen wir soeben den Versuch, durch gesetzliche Einrichtungen zu verhüten, daß nationale Minderheiten mundtot gemacht werden können. Sollte derselbe Grundsatz nicht auch zur Geltung kommen, wo es sich um politische Überzeugungen handelt?

Dieser Gedanke ist schon öfter ausgesprochen, und es ist auch nachgewiesen worden, wie er sich zum System ausbilden ließe. Merkwürdigerweise erstehen ihm Gegner nicht allein in den Reihen der Herren „Führer,“ die um Lohn und Brot zu kommen fürchten. Man sagt, an dem im Jahre 1866 proklamirten Wahlsystem dürfe nicht gerüttelt werden, denn unter diesem Zeichen sei Preußen gegen die Bundestagsmehrheit zu Felde gezogen, unter diesem Zeichen sei das Reich wieder erobert worden. Nun unterschätzen wir das Gewicht dieses Arguments gewiß nicht. Indessen hat der Staat der Hohenzollern jenen Anspruch auf die Führung in Deutschland doch durch jahrhundertelange schwere Arbeit erworben, und wer will behaupten, daß die Kriege von 1866 und 1870/71 einen andern Verlauf genommen hätten ohne das allgemeine und gleiche Wahlrecht? Gerade die Demokraten gingen in dem erstern Jahre offen oder insgeheim mit dem Bundestage, und die Radikalen sympathisirten auch mit Frankreich, wie sie es heute noch thun. Auch braucht das allgemeine Wahlrecht keineswegs zurückgenommen zu werden. Den Widersinn birgt die Gleichheit. Daß wir samt und sonders vor fünf und zwanzig Jahren uns einer Täuschung hingegeben haben, dürfen wir ohne Erröten eingestehen. Wir staken zu ausschließlich in politischen Fragen, um der Gährung in den Schichten der Lohnarbeiter die rechte Aufmerksamkeit zu widmen, und einen solchen Rückgang des Nationalgefühls, wie wir ihn jetzt erleben müssen, hätten wir schlechterdings für unmöglich gehalten. Aber da wir nicht freisinnig sind, haben wir auch nicht nötig, einen Irrtum deshalb als Wahrheit aufrecht zu erhalten, weil wir einmal an ihn geglaubt haben. Ebenso unnötig wäre es aber, auf das unglückliche System der Steuerklassen zurückzugreifen. Wenn jeder in seiner Berufsklasse und natürlich auch aus dieser zu wählen hätte, so wäre sowohl der Erdrückung und Erstickung politischer Meinungen durch die Zahl der (gleichviel ob leeren) Köpfe bis zu einem gewissen Grade vorgebeugt, als auch dem Überwuchern geschäftsmäßiger Parlamen-

tavier. Dieser Umstand allein würde freilich genügen, um den ganzen Freisinn, nicht nur den der strengen Observanz, gegen eine solche Neuerung in Harnisch zu bringen. Alles, was irgendwie an die vorhandene Gliederung der Gesellschaft, an die Lebensinteressen bestimmter Gegenden und bestimmter Beschäftigungen erinnert, soll ja einer Volksvertretung nach freisinniger Schablone fernbleiben. Da gilt nur der ideale Staatsbürger, noch besser der Weltbürger, der auch das Vorurteil der Nationalität abgestreift hat. Zwar widerspricht dem Lehrsatze die tägliche Erfahrung. Die Wünsche der einzelnen Wahlkreise werden ohne jede Rücksicht auf das Allgemeine verfochten, der Jurist versäumt nicht, seine Autorität geltend zu machen, der abgefundene Eisenbahndirektor giebt keineswegs mit dem Überrock auch seine fachmännischen Kenntnisse und Sondermeinungen in der Garderobe ab u. s. w. Doch hindert das alles nicht, das Prinzip hochzuhalten, sich selbst in dem Überglauben zu bestärken, daß die bunte Menge schließlich der Inbegriff aller Weisheit sei.

Auch in diesem Punkte müssen wir uns mit der Hoffnung begnügen, daß die Parteiführer selbst allmählich — sehr allmählich! — die Aufklärung verbreiten werden. Und zwar können die sozialen Reformen in dieser Richtung viel Gutes bewirken, so fraglich es ist, ob sie unmittelbar durch die gewünschten Erfolge werden gekrönt werden. Die Demokratenhäuptlinge müssen ebenso wie die Arbeiterführer um ihre Existenz kämpfen und wenden dasselbe Mittel an: Verhinderung oder doch Diskreditirung des Guten, indem sie unerreichbares Besseres fordern. Aber sie befinden sich in weniger günstiger Lage. Denn wenn sie in ihrer Arbeiterfreundlichkeit so weit gehen, Einrichtungen zu befürworten, die den Arbeitgeber konkurrenzunfähig machen würden, so können sie nicht, wie jene, auf den sozialen Zukunftsstaat verweisen. Vielmehr liegt die Berechnung auf der Hand, daß ihnen an der ehrlichen, soliden Industrie nichts gelegen ist, und daß sie sich darauf verlassen, ihre Freunde würden sich durch Schleuderarbeit schon schadlos zu halten wissen. Möchten die Herren nur bei dieser Politik bleiben!

3

Es ließ sich erwarten, daß der Ausfall der Reichstagswahlen die konservativeren Politiker veranlassen würde, ihre mancherlei nicht mehr ganz neuen Vorschläge für eine Reform des Reichstags und des Wahlrechts wieder aufzutischen. Der Kaiser, der Kanzler und die Minister hegen schwerlich dergleichen Pläne; und sollte ein solcher zur Ausführung gelangen, so würde man sich sehr bald davon überzeugen, daß der Satz von der Unvollkommenheit alles Irdischen von keiner Art Wesen stärker gilt als von den Staatsverfassungen, und daß die mit der Diktirung einer neuen verbundenen Arbeiten, Argernisse, Kämpfe und Gefahren der Mühe nicht lohnten. Dagegen lohnt es der Mühe, einmal auf den Grundfehler hinzuweisen, an dem alle modernen Verfassungen ohne Ausnahme leiden: die übermäßige Zentralisation. Sie ist bekanntlich aus der Reaktion gegen die übermäßige Zersplitterung hervorgegangen. Allein nicht bloß die Gerechtigkeit, sondern auch die Staatsklugheit sollte den Politikern verbieten, ihre Augen vor den guten Seiten der antiken und der mittelalterlichen Kleinstaatserei zu verschließen. Auf den richtigen Beobachtungsstandpunkt hat vorm Jahre Ronald Kessler in diesen Blättern in der Abhandlung über die richtige Größe der Staaten hingewiesen. Nur muß das dort gesagte noch dahin ausgedehnt werden, daß der kleine Mann nur solcher Gemeinwesen lebendiges Glied sein kann, die so klein sind, daß sie nach modernen Begriffen den Namen eines Staates gar nicht

verdienen. Es ist doch klar, daß jeder nur in dem Kreise mit Nutzen zu wirken vermag, den er überfiehet, dessen Getriebe er durchschaut und dessen Angelegenheiten er versteht. In der Handwerkerkorporation, in der ländlichen Wassergenossenschaft, in der Stadt- oder Landgemeinde von sechs- bis zehntausend Seelen, da wird der Kleinbürger oder Kleinbauer als lebendiges Glied der Selbstverwaltung seinen Platz ausfüllen. Die Verwaltung einer Stadt von 100 000 Einwohnern erfordert schon mehr Kenntnisse, mehr Erfahrung und mehr Mühe, als dem kleinen Manne zur Verfügung stehen, und greift er gar durch Agitation und durch Wahl von Vertretern in die Geschicke eines Großstaates ein, so wird nahezu ein Lotteriespiel daraus.

Solchen Zufälligkeiten den Staat preiszugeben, sahen die Regierungen sich auch ohne Revolution genötigt, sobald ihre Machtbereiche so groß und so stramm zentralisiert waren, daß die ihnen obliegende Verantwortung übermäßig schwer und das Treffen des Richtigen in der unübersehbaren Masse von Entscheidungen nicht minder ein Lotteriespiel geworden war. Glichen die mittelalterlichen Staaten einem gliederreichen, locker gefügten Gewürm, dessen Teile sich leicht von einander trennen und dann jedes für sich ohne Schwierigkeit weiter leben, so gleichen unsre heutigen Großstaaten dem menschlichen Körper im Zustande der Nervosität. Die Ausbildung des Organismus ist vollendet, das Gefüge wunderbar fest, schön und zweckmäßig, aber der Zusammenhang zwischen Haupt und Gliedern ist zu eng. Im gesunden Menschenleibe erfährt der bewußte Geist für gewöhnlich gar nichts von den Vorgängen der Verdauung und Ernährung (denen im Staate die Gütererzeugung und der Güterumsatz entsprechen), und greift nur viermal am Tage durch den Entschluß der Nahrungsaufnahme in sie ein. Außerdem höchstens, so oft ihm durch Schmerzen eine Störung angezeigt wird. Nur wenn der Mensch krank ist, fühlt er jedes einzelne seiner Glieder und Organe und doktert daran herum. Im Staate ist dieser Zustand der Nervosität vorhanden, wenn sich die Regierung z. B. um die Polizeiverwaltung jedes kleinen Dorfes, und umgekehrt jeder Tagelöhner um das Reichsheer und die Staatsfinanzen kümmert, wenn sich der Staat in die Privatwirtschaft und der Privatmann in die Staatswirtschaft nicht bloß gelegentlich einmal in einem außerordentlichen Falle, sondern beständig einmischet. Das erzeugt beiderseits unaufhörliche schmerzhaft Reibungen, deren Empfindung durch das unangenehme Bewußtsein verschärft wird, daß man mit aller seiner Mühe doch nur den Stein des Sisyphus wälzt. Ohne Zweifel ist das National-, Reichs- und Großmachtsgefühl, das wir Deutschen erst 1870 gewonnen haben, ein hehres Gut; aber gerade in der Natur der erhabensten Gefühle liegt es, daß sie nicht zu oft und nicht bei jeder Kleinigkeit in Anspruch genommen werden dürfen, wenn sie nicht abgemüht werden sollen. Das wiedergewonnene Nationalgefühl wird ganz gewiß seine volle Kraft und Blut äußern, wenn das Vaterland einmal in Gefahr kommt oder wenn es sich um ganz außerordentliche, hochwichtige Schritte der Gesetzgebung handelt, die der leitende Staatsmann nur in innigster Wechselwirkung mit dem ganzen Volke wagen kann. Allein die Zumutung, zwanzig Jahre hinter einander fortwährend nationale Begeisterung zu äußern, übersteigt das Maß der Erregbarkeit eines gesunden Volkes, wie die Zumutung, immerfort am Wohle des Vaterlandes unmittelbar mit zu arbeiten, das Maß seiner Kräfte. Wenn die Regierung sich gar zu eingehend mit dem Wohle jedes einzelnen Reichsbürgers und der schlichte Bürger sich gar zu anhaltend mit dem Wohle des Vaterlandes und den Regierungsforgen beschäftigt, so werden bei dieser Vertauschung der Rollen wahrscheinlich beide Teile und demnach auch das Ganze schlecht fahren.

Da Barbaren, die uns den Garaus machen könnten, wie ehemals unsere Vorfahren dem römischen Weltreiche, nicht an den Grenzen lauern (ich spreche nicht von Deutschland, sondern von der ganzen europäischen Kulturwelt), und da wir uns doch noch zu lebenskräftig fühlen, als daß wir den Tod an Altersschwäche oder an unsern teilweise nur eingebildeten Krankheiten erwarten sollten, so wird es das Beste sein, wir thun Hegel den Gefallen, aus der Antithesis der Zentralisation zum dritten Gliede des dialektischen Prozesses, zu einer gesunden Synthesis von Selbstverwaltung und kräftiger Zentralregierung fortzuschreiten, bei der sich dann auch eine Art der Volksvertretung von selbst ergeben wird, die nicht nach der konstitutionellen Schablone von heute eingerichtet ist. Vorläufig sind wir allerdings von diesem Ziele der politischen Entwicklung Europas noch sehr weit entfernt. Der Versuch, die Arbeiterverhältnisse von Staatswegen zu regeln, stellt sogar zunächst eine Steigerung der Zentralisation in Aussicht. Allein man muß ja nicht immer bloß an heute und morgen denken, darf auch einmal weiter hinausschauen. Und machen sich die Lenker einigermaßen klar, wo die Reise hingehet, so wird es ihnen doch leichter gelingen, den Wagen im rechten Geleise zu erhalten.

Deutsche und Polen. Herr Windthorst hat, wie er am 11. März im preussischen Abgeordnetenhause berichtete, in der Zeit, als sein Ruhm noch nicht, wie dank 1866 heute, über Meppen und Schnafenburg hinausreichte, seine „preussischen Nachbarn“ fleißig beobachtet. Diese Erklärung ist geschichtlich nicht ohne Wert. Denn da sein Auge auch damals immer nach Rom sah, wird es erklärlich, daß die Lebensinteressen seiner Heimat so oft seinem Gesichtskreise entrück waren, und er so kräftig dazu beitrug, die Annexion Hannovers unvermeidlich zu machen. Weit über die Grenze hinaus scheint sein Blick aber auch nicht getragen zu haben, denn über die Vorgänge im Großherzogtum Posen zeigt er sich sehr ungenau unterrichtet, oder sein Gedächtnis hat nur die Daten festgehalten, die ihm passen. Er erinnert sich ganz richtig, daß das staatsmännische Wirken Flottwells als Oberpräsident von Posen von Friedrich Wilhelm IV. unterbrochen und dadurch der Erfolg vereitelt wurde; aber daß für sein Wohlwollen der König von den Polen eben solchen Dank erntete wie von den Ultramontanen, scheint Herr Windthorst nicht zu wissen, nichts von den Schilderhebungen 1845 und 1846, nichts von den Greueln, die von den Scharen Ehren-Mieroslawskis 1848 verübt wurden, nachdem diesen die damaligen Freisinnigen in Berlin im Triumph herumgeführt hatten. Hätte Herr Windthorst nur wenigstens gelesen, was ein demokratischer Großdeutscher und eingeseuchter Preußenfeind, Heinrich Wuttke, im Jahre 1847 über das Thema „Polen und Deutsche“ geschrieben hat! Und da er unserß Wissens von 1867 an sämtlichen Parlamenten in Preußen und Deutschland angehört hat, könnte er sich doch vielleicht auf Bismarcks große Reden vom 18. März 1867 und vom 28. und 29. Januar 1866 besinnen? Zumal auf die letzte, in der er persönlich abgeführt wurde? Als Zeitungsleser ist ihm wohl auch zur Kenntnis gekommen, wie die Polen in Galizien die ihnen gewährte Freiheit benutzen, um die Ruthenen rechtlos zu machen und dadurch diesen Volksstamm den Russen in die Arme zu treiben?

Doch warum gerade Herrn Windthorst wegen seines löcherigen Gedächtnisses Vorwürfe machen, da es bei dem so viel jüngeren und den Verhältnissen so viel näher stehenden Abgeordneten Nickerich nicht besser bestellt ist! Wenn ein polnischer Redner die Gelegenheit gewandt benützt, um Deutschland der Begehrlichkeit nach den russischen Ostseeprovinzen zu verdächtigen, andre den Glauben zu erwecken

suchen, die preußische Regierung wolle, indem sie dem Deutschtum in Posen Schutz gewährt, zugleich die polnische Nationalität und die katholische Religion ausrotten, und sich stellen, als wüßten sie nicht, daß mit der Unterdrückung des Protestantismus durch die Jesuiten und Heinrich von Anjou die Zerrüttung des polnischen Reiches zeitlich zusammenfällt, so wissen diese Herren ebenso wie Herr Windthorst genau, was sie wollen. Das möchten wir von einem Manne nicht annehmen, der früher wenigstens der nationalen Sache gute Dienste geleistet hat. Lieber wollen wir glauben, er habe sich in seiner jetzigen Kameradschaft angewöhnt, auch den abgestandnen Kohl immer wieder aufzuwärmen, wenn er hofft, dadurch die Regierung zu ärgern. Denn wäre er mit vollem Bewußtsein als Verfechter der unterdrückten Polenfreiheit aufgetreten, so fiel jede Entschuldigung weg für eine Haltung, bis zu der sich nicht einmal die Zimbriani, Laur, Franzl und wie die sonstigen Freiheitshelden heißen, verstiegen haben. Das freilich wird immer klarer, daß Fürst Bismarck sich geirrt hat, als er vor vier Jahren meinte, die politische Kultur habe seit 1863 in Deutschland Fortschritte gemacht!

Die kaiserliche Verordnung über den Unterricht in den Kadettenkorps ist gewiß von allen Schulmännern, die nicht ganz verküchert sind, mit Freuden begrüßt worden, und ebenso allgemein dürfte der Wunsch sein, daß die Grundsätze dieser Verordnung auch auf die andern höhern Schulen angewendet werden. Es ist das auch gar nicht schwierig. Der Lehrplan der Realgymnasien fällt mit dem der Kadettenkorps zusammen, und die humanistischen Gymnasien brauchen nur das Hauptgewicht auf die Übersetzung aus dem Lateinischen und Griechischen ins Deutsche zu legen und damit ebenfalls das Deutsche zum Mittelpunkt des gesamten Unterrichts zu machen. Die unglückseligen „Specimina“ und „Extemporalien,“ nach denen jetzt mancher Lehrer allein den Wert des Schülers beurteilt, würden dann bis zur Tertia wesentlich zu beschränken, von da ab ganz aufzuheben sein. Verständnis des Schriftstellers, Fertigkeit und guter Geschmack im Gebrauch der Muttersprache würde dann das Ziel des Sprachunterrichts sein, und damit wären beide Anstalten einander so nahe gerückt, daß sie sich nicht mehr wesentlich unterscheiden. Die Grundsätze des kaiserlichen Erlasses enthalten geradezu die Lösung der Realschulfrage, ja der ganzen Reformfrage.

Aber die wissenschaftliche Bildung ist — und das hebt die Verordnung stark hervor — nur ein Mittel zur Charakterbildung, diese ist Ziel und Endzweck aller Bildung. Wir wollen ein Geschlecht heranziehen, das frisch, von Pflichtgefühl durchdrungen und doch auch frei von Menschenfurcht ist. Wie steht es nun mit der Erfüllung dieser Aufgabe? Man wird von vornherein zugeben, daß, wer einen Charakter bilden will, selbst Charakter haben muß. Besitzt unser Lehrerstand die Charaktereigenschaften, die das heranwachsende Geschlecht erhalten soll?

Wer frisch bleiben will, muß frei von Nahrungsjorgen sein. Die Frische geht dem leicht verloren, der genötigt ist, außer seinem Dienste noch Privatstunden zu geben oder Pensionäre bei sich aufzunehmen, die nicht nur seine Zeit in Anspruch nehmen, sondern ihm auch oft den Aufenthalt im eignen Hause verleiden. Es giebt Lehrer, die gleich nach dem Schluß einer Unterrichtsstunde, anstatt sich einen Augenblick Erholung zu gönnen, nach einer Privatschule eilen, dort eine, auch zwei Stunden geben und nun ermüdet, in der Regel auch etwas verspätet, zurückkommen, um in ihrer Anstalt weiter zu unterrichten. Nicht genug damit; nachmittags kommen Privatschüler, denen sie ihre Zeit opfern, und nach dem Abendbrot setzen sie sich zu ihren Pensionären, um die Arbeiten für den folgenden Tag mit ihnen

durchzugehen. Wir meinen: der Privatunterricht muß den angestellten Lehrern unterjagt werden; er ist den zahlreichen Kandidaten zu überlassen, deren Not dadurch bedeutend gelindert werden würde.

Wenn Überarbeitung dem Lehrer die unentbehrliche Frische raubt, so schädigt sie auch leicht sein Pflichtgefühl. Auch der gewissenhafte Lehrer kann es bei diesem Übermaß von Thätigkeit kaum vermeiden, daß er den Unterricht verkürzt, und mit der Zeit wird er es auch mit der Vorbereitung auf den Unterricht und mit den Korrekturen leicht nehmen. Wie bald merken das die Schüler, und wie muß dies auf ihr eignes Pflichtgefühl wirken? Aber das ist noch das geringere Übel. Viel größer ist die Gefahr, daß der Lehrer, der Privatstunden giebt und Pensionäre hält, in den Verdacht der Ungerechtigkeit kommt, und dieser Verdacht ist leider oft begründet. Es ist auch kaum möglich, Schüler, zu denen man in diesem nähern Verhältnis steht, ebenso zu behandeln wie die übrigen. Ja selbst den andern Lehrern geht oft durch die Rücksicht auf ihre Kollegen die nötige Unbefangeneheit verloren. Man frage namentlich an Anstalten nach, wo der Direktor Pensionäre hat! Edler und würdiger als diese Nebenbeschäftigung ist die wissenschaftliche Thätigkeit, aber auch sie birgt Gefahren in sich. So notwendig es ist, daß der Lehrer Fühlung mit der Wissenschaft behält und sich selbst weiterbildet, so gefährlich ist in vielen Fällen das Bestreben, durch eigne Arbeiten die Wissenschaft zu fördern. Diese Thätigkeit ist so reizvoll, daß sie gar leicht von der Schule abzieht und den Dienstfeier erkalten läßt. Man sollte wenigstens wissenschaftliche Thätigkeit eines Lehrers nicht von vornherein als eine Empfehlung ansehen und in jedem Falle erst prüfen, ob nicht seine Berufsthätigkeit darunter leidet. Die Fälle sind auch gar nicht so selten, wo die wissenschaftliche Thätigkeit nur ein Mittel ist, die Aufmerksamkeit der Vorgesetzten auf sich zu lenken und eine Beförderung zu erwirken, ja manche verraten ihre wahre Absicht so deutlich, daß sie ihre Arbeiten dem Provinzialschulrat widmen.

Damit kommen wir zu dem dritten Vorwurf, den man einem Teil der Lehrer machen kann, es ist die Menschenfurcht, der Mangel an Selbständigkeit und mannhafter Gesinnung. Wie können Lehrer, die mit diesen Fehlern behaftet sind, ein mannhaftes Geschlecht erziehen? Aber man darf nicht zu streng urteilen, denn zum großen Teil ist dieser Fehler in der gesamten Stellung des Lehrerstandes begründet. Bei der großen Machtbefugnis, die der Direktor seinem Kollegium gegenüber hat, bei dem geringen Maße von Rechten, die der Lehrer besitzt, ist es natürlich, daß sich viele aus der untergeordneten Stellung heraussehen und im Gebrauch der Mittel nicht allzu wählerisch sind, namentlich wenn sie unter einem launenhaften oder unfähigen Direktor arbeiten sollen. Und wie leicht kann ein Direktor bei seiner Beschäftigung launisch werden! Der schriftliche Verkehr mit den Behörden hat heute einen Umfang angenommen, daß von einer wirklichen Leitung der Anstalt, von der Möglichkeit, der Schule seinen Stempel aufzudrücken, nicht mehr die Rede ist, die Hauptarbeit des Direktors ist heute die eines Kanzleisekretärs. Es erscheint wünschenswert, das Verhältnis zwischen dem Direktor und dem Kollegium so zu gestalten, wie das zwischen dem aufsichtführenden Richter eines Amtsgerichts und seinen Kollegen. So wenig dieses Verhältnis zu Übelständen geführt hat, so wenig wird das im Lehrerstande der Fall sein, und die Unabhängigkeit, deren sich der Richter erfreut, ist für den Lehrer mit Rücksicht auf seine Erzieheraufgabe ebenso unerläßlich. Um das häßliche Strebertum zu unterdrücken, würde es auch angebracht sein, der Hälfte der Lehrer denselben Rang zu verleihen wie dem Direktor, wie ja auch die Hälfte aller Richter erster Instanz diesen Rang hat. Augenblicklich

hat etwa nur der zwölfte Teil aller Lehrer die Aussicht, einmal diese Rangstufe zu erreichen.

Wird der Lehrerstand auf diese Weise gehoben, dann wird an Stelle der Ermattung, die man jetzt häufig wahrnimmt, Freudigkeit und Pflichteifer treten, wodurch am allermeisten das heranwachsende Geschlecht gewinnen wird. Notwendig ist dann allerdings, daß die Zeugnisse zweiten Grades wegfallen und daß die Laufbahn nur denen eröffnet wird, die ein volles Zeugnis haben. Sind dann die Lehrerkollegien so selbständig, wie wir es wünschen, dann liegt auch kein Grund vor, das „Abiturientenexamen“ mit seinen oft gerügten Übelständen beizubehalten, sondern man kann, wie bei Beförderung, es dem Urteile der Lehrer überlassen, zu erklären, ob ein Schüler reif ist oder nicht. Die Zeit, die die Schulkollegien gewinnen, könnten sie zu Revisionen der Schulen verwenden, die jetzt viel zu selten vorgenommen werden.

Wir wünschen also: Verbot des Nebenerwerbs, dafür Gleichstellung mit den Richtern im Gehalt, keine Begünstigung der Schriftstellerei, Unterdrückung des Strebertums durch Gleichstellung mit den Richtern im Range.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Gewährung dieser Wünsche auch manchem Unwürdigen zu gute kommen würde, doch ist das bei einem Übergange zum Bessern nicht zu vermeiden. Man darf doch auch hoffen, daß ein solcher Beweis des Vertrauens einen guten Einfluß üben und den Pflichteifer erhöhen wird, und endlich dürfte jedes Bedenken vor der sichern Aussicht schwinden, daß künftig die besten Kreise in diesem Stande mehr vertreten sein werden als jetzt. Soll der Lehrerstand die Besten der Nation erziehen, so muß er selbst aus den Besten der Nation hervorgehen.

Ein Brief Friedrich Wilhelms IV. Man schreibt uns aus Wiener Kreisen: Im Juni 1852 schickte König Friedrich Wilhelm IV. Bismarck, der damals als Bundestagsgesandter in Frankfurt lebte, mit Aufträgen nach Wien, die den Wunsch Preußens bekundeten, sich mit Oesterreich zu verständigen, und wenn der Kaiser anders beraten gewesen wäre, auch wohl zu einer Verständigung geführt hätten. Er gab ihm dabei einen Empfehlungsbrief mit, der für die Denkweise und die Schreibart des Verfassers sehr bezeichnend, aber bis jetzt in seiner wahren Gestalt nicht an die Öffentlichkeit gelangt ist. Denn die Mitteilung desselben, die wir vor kurzem am Schlusse eines angeblich historischen Buches fanden, ist einfach Erfindung und zwar eine solche, die Abgeschmacktheiten und Unmöglichkeiten aufweist, denen jeder einigermaßen sachkundige Leser mit Lächeln und Achselzucken begegnet. Wir befinden uns glücklicherweise in der Lage, den Wortlaut des Briefes nach einer Abschrift aus jenen Tagen geben zu können, und da er in der That nach Inhalt wie Form ungewöhnliches Interesse beansprucht, so lassen wir ihn hier folgen. Der König schreibt dem Kaiser:

Erw. Kaiserliche Majestät

Wollen es mir gütig gestatten, daß ich den Überbringer dieses Blattes mit meinen eigenhändigen Schriftzügen an Ihrem Hoflager introduziere. Es ist der Herr von Bismarck-Schönhausen. Er gehört einem alten Rittergeschlecht an, welches länger als mein Haus in den Marken sesshaft von jeher und besonders in ihm seine alten Tugenden bewährt hat. Die Erhaltung und Stärkung der erfreulichen Zustände unsers platten Landes verdanken wir mit seinen furchtlosen und energischen Mühen in der bösen Zeit der nun verfloffenen Jahre. Erw. Majestät wissen, daß

Herr von Bismarck die Würde meines Bundestagsgesandten bekleidet. Da jetzt der Gesundheitszustand meines Gesandten an Ew. Majestät kaiserlichem Hofe, des Grafen von Arnim, dessen zeitweilige Abwesenheit nötig gemacht hat, das Verhältnis unsrer Höfe aber eine subalterne Vertretung nicht zulässt, so habe ich Herrn von Bismarck ausersuchen, die Vicos für Graf Arnim während dessen Abwesenheit zu versehen. Es ist mir ein befriedigender Gedanke, daß Ew. Majestät einen Mann kennen lernen, der bei uns im Lande wegen seines ritterlich freien Gehorsams und seiner Unverföhnlichkeit gegen die Revolution bis in ihre Wurzeln hinein von vielen verehrt, von manchen gehaßt wird. Er ist mein Freund und treuer Diener und kommt mit dem frischen, lebendigen und sympathischen Eindruck meiner Grundsätze, meiner Handlungsweise, meines Willens, und ich setze hinzu meiner Liebe zu Österreich und zu Ew. Majestät nach Wien. Er kann, wenn es der Mühe wert gefunden wird, Ew. Majestät und Ihren höchsten Räten über viele Gegenstände Rede und Antwort geben, wie wohl wenige imstande sind; denn wenn nicht unerhörte, lang vorbereitete Mißverständnisse zu tief eingewurzelt sind, was Gott in Gnaden verhüte, kann die kurze Zeit der Amtsführung in Wien wahrhaft segensreich werden. Herr von Bismarck kommt aus Frankfurt, wo das, was die rheinbundschwängern Mittelstaaten mit Entzücken die „Differenzen Österreichs und Preußens“ nennen, jederzeit seinen stärksten Widerhall und oft seine Quelle gehabt hat, und er hat diese Dinge, das Treiben daselbst mit scharfem und richtigem Blick beobachtet. Ich habe ihm befohlen, jede darauf gerichtete Frage Ew. Majestät und Ihrer Minister so zu beantworten, als hätte ich sie selbst an ihn gerichtet. Sollte es Ew. Majestät gefallen, von ihm Aufklärung über meine Auffassung und meine Behandlung der hessischen Verfassungsangelegenheit zu verlangen, so lebe ich der Gewißheit, daß mein Betragen in diesen Dingen, wenn auch vielleicht nicht das Glück Ihres Beifalls, doch sicher Ihre Achtung erringen wird. Die Anwesenheit des teuern und herrlichen Kaisers Nikolaus ist mir eine wahre Herzstärkung gewesen. Die gewisse Bestätigung meiner alten und starken Hoffnung, daß Ew. Majestät und ich in der Wahrheit einig sind: daß unsre dreifache, unerschütterliche, gläubige und thatkräftige Eintracht allein Europa und das unartige und doch so geliebte Deutsche Vaterland aus der jetzigen Krise retten könne, erfüllt mich mit Dank gegen Gott und steigert die alte treue Liebe zu Ew. Majestät. Bewahren auch Sie, mein teuerster Kaiser, mir Ihre Liebe aus den fabelhaften Tagen von Tegernsee, und stärken Sie Ihr Vertrauen und Ihre so wichtige und so mächtige, dem gemeinsamen Vaterlande so unentbehrliche Freundschaft zu mir! Dieser Freundschaft empfehle ich mich aus der Tiefe meines Herzens als Ew. Majestät innigst ergebenster Diener, Bruder und Freund.

Das Datum des Briefes ist der 5. Juni 1852.



Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Carl Marquart in Leipzig